



Impulse

Jahrgang 65

Ausgabe 1 / 2026

Berufliche Bildung unter Druck

- 04 *Vertreterversammlung des glb*
- 05 *Lehrkräftebildung im Sparmodus*
- 07 *Die Debatte
um Fachlehrer und Besoldung*



**Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen
und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.**

I N H A L T *Ausgabe März 2026*

3 Vorwort

4 Aktuelles

- Vertreterversammlung des glb
- Dramatische Sparmaßnahmen in der hessischen Lehrkräftebildung
- Einfachlehrkräfte gegen Fachlehrer — Ein System am Scheideweg
- Landestreffen der AG »Fachpraxis Hessen«
- Kürzungen beim Sozialindex sind ein fatales Signal für Brennpunktschulen

11 Aus den Kreisverbänden

- Mitglieder des Kreisverbandes Hersfeld-Rotenburg
besuchen das Erlebnisbergwerk Merkers

13 Nachrichten aus dem HPRS

- Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat Schule (HPRS) VI-2025

15 In eigener Sache

- Versand der Impulse als PDF
- Vervollständigung der Mitgliederdatensätze
- Änderungsmitteilungen

IMPRESSUM

Zeitschrift des Gesamtverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V.

Herausgeber: Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e. V., Somborner Straße 21, 63517 Rodenbach
Telefon 06184 2056657, Telefax 06184 2056658, E-Mail glb.hessen@t-online.de

Gestaltung/Druck: Werbung und Druck M. Kroeber GmbH
Vogelsbergstraße 5, 63589 Linsengericht, Telefon 06051 9742-0, Telefax 06051 9742-42, E-Mail printinfo@kroeber.com

Redaktion: Dr. Christian Lannert, Monika Otten, E-Mail glb-hessen@t-online.de

Manuskripte: Berichte oder Manuskripte werden gern entgegengenommen. Mit der Einsendung bestätigt der Verfasser, dass die Vorlage frei von Rechten Dritter ist. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung, eine Auswahl, eine Kürzung oder eine redaktionelle Zusammenfassung vor bzw. berichtet über Inhalte. Für die Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des glb und dessen Redaktion. Honorare werden keine vergütet. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen. Der Verfasser stimmt einer Veröffentlichung der Impulsausgabe auf der Homepage zu und gestattet den Versand der Ausgabe mit E-Mail.

Erscheinungsweise: 4-mal jährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

ISSN: 1869-3733

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Berufliche Bildung braucht Verlässlichkeit

Wer derzeit an einer beruflichen Schule in Hessen arbeitet, spürt deutlich: Es ist vieles in Bewegung. Reformen werden angekündigt, Strukturen verändert, neue Programme eingeführt. Gleichzeitig wird an entscheidenden Stellen gespart. Diese Mischung sorgt in vielen Kollegien für Verunsicherung. Am Ende stellt sich immer wieder dieselbe Frage: Was bedeutet das für unsere tägliche Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern?

Ein Beispiel ist die aktuelle Diskussion um die Lehrkräfteausbildung. Die geplante Verkürzung des Vorbereitungsdienstes wird damit begründet, dass Lehrkräfte schneller in den Unterricht kommen sollen. Wer junge Kolleginnen und Kollegen in ihren ersten Monaten begleitet hat, weiß jedoch, wie wichtig gerade diese Phase ist. Unterricht planen, Klassen führen, Prüfungen gestalten, mit Eltern sprechen. All das lernt man nicht im Schnellverfahren. Die Ausbildung von Lehrkräften ist keine Stellschraube, an der man kurzfristig drehen kann, ohne langfristige Folgen zu riskieren.

Auch die Diskussion um die Eingruppierung verschiedener Lehrkräftegruppen sorgt derzeit für Unruhe. In vielen Lehrerzimmern wird offen darüber gesprochen, dass Unterschiede in Besoldung und Anerkennung als ungerecht empfunden werden. Berufliche Schulen leben davon, dass unterschiedliche Qualifikationen zusammenkommen. Akademisch ausgebildete Lehrkräfte, Fachlehrerinnen und Fachlehrer mit berufspraktischem Hintergrund sowie Kolleginnen und Kollegen mit vielfältigen Erfahrungen aus Wirtschaft und Handwerk arbeiten hier gemeinsam. Wenn das Gefühl entsteht, dass gleiche Arbeit unterschiedlich bewertet wird, belastet das das Klima in den Kollegien.

Gleichzeitig sehen wir jeden Tag, wie stark sich die Aufgaben der Schulen verändern. In vielen Klassen sitzen junge Menschen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Sprachförderung, individuelle Unterstützung und sozialpädagogische Begleitung gehören längst zum schulischen Alltag. Instrumente wie der Sozialindex sollen Schulen in besonders herausfordernden Lagen zusätzliche Unterstützung geben. Wenn hier Mittel gekürzt werden, trifft das genau die Schulen, die ohnehin vor den größten Aufgaben stehen.

Auch die Digitalisierung verändert den Unterricht zunehmend. Künstliche Intelligenz spielt dabei eine immer größere Rolle. Schülerinnen und Schüler nutzen entsprechende Anwendungen bereits selbstverständlich, etwa bei schulischen Aufgaben oder bei der Vorbereitung auf berufliche Entscheidungen. Für Lehrkräfte bedeutet das, neue Wege zu finden. Wie gehen wir mit diesen Werkzeugen im Unterricht um? Welche Kompetenzen müssen junge Menschen lernen, um verantwortungsvoll damit umzugehen?

Bei all diesen Entwicklungen wird deutlich, wie wichtig die beruflichen Schulen für unser Bildungssystem sind. Sie verbinden Schule und Arbeitswelt, sie qualifizieren Fachkräfte und eröffnen jungen Menschen Perspektiven. Gerade deshalb brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen und eine Bildungspolitik, die langfristig denkt.

Viele Kolleginnen und Kollegen engagieren sich täglich weit über den Unterricht hinaus. Sie arbeiten in Projekten, entwickeln Konzepte, kooperieren mit Betrieben und unterstützen Schülerinnen und Schüler bei ihrem Übergang in Ausbildung und Beruf. Dieses Engagement ist eine große Stärke der beruflichen Bildung. Es verdient politische Unterstützung und klare Perspektiven.

Die Herausforderungen der kommenden Jahre werden nicht kleiner. Umso wichtiger ist es, dass wir sie gemeinsam angehen. Mit realistischen Entscheidungen, mit einem klaren Blick auf die Praxis und mit dem nötigen Respekt vor der Arbeit der Schulen.

Mit kollegialen Grüßen

**Für den glb-Landesvorstand
Dr. Christian Lannert**



Am 23. Oktober 2025 fand die Vertreterversammlung des glb Hessen im St. Bonifatiuskloster in Hünfeld bei Fulda statt. Wichtiger Tagesordnungspunkt waren die Vorstandswahlen.

Leider gab es keine Bewerbungen für die Funktion der Landesvorsitzenden/des Landesvorsitzenden. Als Schatzmeisterin und stellvertretende Vorsitzende wurde Monika Otten wiedergewählt. Sie ist auch weiterhin einzelvertretungsberechtigt und leitet somit seit April 2016 den glb.

Vertreterversammlung des glb

am 23. Oktober 2025 im St. Bonifatiuskloster in Hünfeld

VON MONIKA OTTEN



Als Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Verbandszeitschrift und der Presse wurde Dr. Christian Lannert wiedergewählt. Er ist ebenfalls seit 2016 im Amt. Auch Karina Gottschalk wurde als Vertreterin für Fachlehrerinnen/Fachlehrer wiedergewählt. Carsten Noll wechselte in das Amt des Vertreters für Recht und Besoldung und Britta Bergmann in das Amt der Vertreterin für Lehreraus-, fort- und -weiterbildung. Neu im Team sind Andreas Noll (Vertreter für Grundsatzfragen), Sven Sommer (Vertreter für Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst / Studentinnen und Studenten), Jonas Rodi (Vertreter für den landwirtschaftlichen Bereich) und Astrid Wolf als Gleichstellungsbeauftragte.

Nicht zur Wahl standen der Regionalsprecher Nord und stellvertretende Landesvorsitzende, Dr. Claus Wenzel, und der Regionalsprecher Mitte und stellvertretende Landesvorsitzende, Christian Gruß. Diese Funktionen werden von den Kreisvorsitzenden der jeweiligen Regionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewählt.

Für die Funktion des Regionalsprechers Süd und stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde am selben Tag außerhalb der Vertreterversammlung Stefan Sonnenburg gewählt.

Somit besteht der Geschäftsführende Vorstand des glb aus vier Personen: Monika Otten, Dr. Claus Wenzel, Christian Gruß und Stefan Sonnenburg.

Ebenfalls außerhalb der Vertreterversammlung wird die Vertreterin/der Vertreter des Verbandes der katholischen Religionslehrer gewählt. Diese Funktion übt seit langer Zeit Horst Conze aus.

Für die Kassenprüfung stellten sich Uwe Bickelhaupt, Peter Kurz, Bianca Schmidt und Claudia Vaas-Henely zur Verfügung und nahmen alle die Wahl an.

Als Mitglieder des Schiedsgerichts wurden Arnold Gündling, Klaus-Wilhelm Ring, Rainer Pflomm, Uwe Schneider und Wenzel Preis gewählt.

Bevor jedoch die Vorstandswahlen sowie weitere Wahlen stattfinden konnten, erfolgte unter der Leitung von Dr. Claus Wenzel die Feststellung der satzungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit sowie die Genehmigung der Tagesordnung. Anschließend gab Monika Otten einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Aktivitäten des glb ab. Die beiden Kassenprüfer Peter Kurz und Uwe Bickelhaupt schlugen aufgrund ihres Kassenberichtes die Entlastung des Vorstandes vor, die von der Vertreterversammlung gewährt wurde. Neben einem Antrag auf Satzungsänderungen, die auf Rat eines Juristen erfolgten, gab es nur einen weiteren Antrag. Alle Anträge wurden angenommen. Weiterhin gab es einen Beschluss zur Fortführung des glb. Nach der Vorstellung des Budgetentwurfs durch die Schatzmeisterin Monika Otten erfolgte die Verabschiedung der Haushaltsplanung.

Mein herzlicher Dank gilt allen genannten Personen, die sich für Funktionen im glb zur Verfügung gestellt haben und den Mitgliedern, die während der Vertreterversammlung eine Aufgabe übernommen haben (Dr. Claus Wenzel, Andreas Müller, Aliye Aslandogdu, Lutz Volbracht, Jörg Petermann, Christian Gruß, Karina Gottschalk, Joachim Blaufuß, Walter Malcherek). Mein herzlicher Dank gilt auch allen Delegierten/Gästen sowie den Ehrengästen, unserem Ehrenvorsitzenden Arnold Gündling sowie Herrn Klaus-Wilhelm Ring, für den intensiven und konstruktiven Austausch an diesem Tag.



Das Sparen an der Bildung nimmt besorgniserregende Ausmaße an. Die geplanten Kürzungen werden gravierende Folgen für die Ausbildung von Lehrkräften haben und die Qualität des Unterrichts auch an den beruflichen Schulen massiv negativ beeinflussen.

Dramatische Sparmassnahmen in der hessischen Lehrkräftebildung

VON KARINA GOTTSCHALK



Konkret soll der Vorbereitungsdienst von 21 auf 18 Monate reduziert werden. Von offizieller Seite wird dies als Vorteil für Schulen und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) dargestellt, da diese schneller Unterricht übernehmen können. Die Personalräte und Ausbildungskräfte hingegen sehen darin eine reine Sparmaßnahme, die die Qualität der Ausbildung erheblich gefährdet. Diese ist bereits jetzt überladen und wird ständig durch das HMKB mit neuen Prioritäten wie Digitalisierung, Bildungssprache Deutsch und zuletzt dem Thema Werte verdichtet.

Eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes könnte die wichtige Einführungsphase zum Opfer fallen, in der angehende Lehrkräfte ihre Ausbildungsschule und das Studienseminar kennenlernen, Mentoren/Mentorinnen wählen und einen ersten Einblick in die vorgefundenen Organisationsstrukturen gewinnen. Dieses »Onboarding« würde künftig entfallen, was zur Folge hätte, dass

LiV ohne jede Vorbereitung von Tag eins an unterrichten.

Bereits jetzt haben viele LiV jede Menge Fragen zur Unterrichtspraxis, wenn sie mit dem Vorbereitungsdienst beginnen:

- Was darf ich eigentlich, was nicht?
- Was muss ich bei der Bewertung beachten?
- Wie plane ich guten, zeitgemäßen Unterricht?

Diese essenziellen Fragen würden künftig erst im laufenden Betrieb geklärt werden müssen. Gleichzeitig soll die Zeit für Ausbildungsveranstaltungen und Unterrichtsbesuche drastisch gekürzt werden. Mit der bevorstehenden Novellierung des Lehrkräftebildungsgesetz wird der Ausbildungsfaktor sehr stark gekürzt. In diesem Fall bliebe vom Vorbereitungsdienst, wie wir ihn heute kennen, nicht mehr viel übrig, so dass die Seminar- und Ausbildung zu einer »Schnellbleiche« werden würde. Zudem ist die Zusammenlegung von Seminarstandorten vorgesehen, was zu wesentlich längeren Fahrzeiten für LiV und Ausbildungskräfte führen wird.

Besonders dramatisch ist diese Entwicklung, da die Anforderungen an Lehrkräfte durch gesellschaftliche Veränderungen ständig steigen. Die Überlastungsanzeigen an den Grundschulen in Wiesbaden, im Rheingau und an vielen anderen Orten in Hessen belegen dies eindrucksvoll. In dieser Situation soll dennoch weiter rücksichtslos an der Bildung bzw. beruflicher Bildung gespart werden.

Enttäuschung besteht bei den Personalräten an den Studienseminaren über die fehlende Kommunikation mit dem Kultusministerium. Bereits vor über einem Jahr wurde in Briefen auf die Folgen dieses Sparkurses hingewiesen. Bis heute blieben die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen der Personalräte von Seiten des HMKB unbeantwortet. Damals ging es um seit Jahren unbesetzten Leitungsstellen in den Studienseminaren. Inzwischen sind viele weitere Themen hinzugekommen: Geplante Beförderungen wurden ausgesetzt, während eine externe Studie unter fragwürdigen Bedingungen (u.a. mangelnde Beteiligung der Personalräte, Probleme beim Datenschutz) durchgeführt wurde. Deren Ergebnisse sind von den Personalräten als fehlerhaft entlarvt worden, dienen der Landesregierung jedoch aktuell als Grundlage für ihre Sparpläne – ohne die weitreichenden Folgen zu berücksichtigen.



Die Auswirkungen der Faktorkürzung zum 1.2.2026 sind bereits Ende Februar sichtbar. Viele Ausbildungskräfte bauen Überstunden ab, ohne weniger LiV auszubilden. Im kommenden Halbjahr werden diese Überstunden jedoch nicht mehr existent sein, was dazu führt, dass Ausbildungsbeauftragte an Schulen zurück abgeordnet werden oder die hauptamtlichen Ausbildungskräfte mehr Ausbildung übernehmen müssen bzw. es auch zu höheren Abordnungen an die Schulen kommt. Dies hat zur Folge, dass durch einen zweiten Unterrichtstag weniger Tage für Unterrichtsbesuche und Examensprüfungen zur Verfügung stehen. Im schlimmsten Fall können einzelne Fächer, die aktuell von Ausbildungsbeauftragten ausgebildet werden, nicht mehr ausgebildet werden. Bisher profitiert Hessen davon, dass angehende Lehrkräfte gerne ihr Referendariat hier absolvieren und anschließend im Land bleiben. Dieser Standortvorteil wird wegfallen, wodurch Hessen dauerhaft junge Nachwuchskräfte verliert und dies beim Mangel an Lehrkräften.

Innerhalb der Studienseminare wurden bereits Fortbildungsmöglichkeiten und Konferenzen gestrichen, was die Seminarentwicklung stark einschränkt bzw. fast unmöglich macht. Eine Vertretungsreserve für Krankheitsfälle existiert nicht. Auch ist unklar, ob die verbleibenden Ausbildungskräfte alle Unterrichtsbesuche und Examensprüfungen terminlich abdecken können. Schon jetzt sind zwei bis drei Unterrichtsbesuche am gleichen

Tag für Ausbildungskräfte der Regelfall. Eine weitere Verdichtung ist rein organisatorisch nicht mehr möglich.

Den Verantwortlichen im HMKB und LA sind diese Probleme bekannt. **O-Ton aus dem Ministerium »Wir fahren auf Sicht und wissen, dass es zu erheblichen Problemen an den Studienseminaren und Ausbildungsschulen kommen wird«.** Bei der Lösung der Probleme lässt man die Seminarleitungen und Personalräte mit den Kollegien im wahrsten Sinne im Regen stehen und übernimmt von Seiten des Ministeriums und der LA keinerlei Verantwortung für die bereits jetzt verursachte Misere in der Lehrkräfteausbildung der zweiten Phase. Die geplante Reduzierung des Vorbereitungsdiens-tes wird diese Situation noch dramatisch verschärfen. Damit verabschiedet sich das ehemalige Bildungsland Hessen von einer professionellen Lehrkräfteausbildung und gefährdet rücksichtslos die Zukunft der nächsten Generation. Dies zeigt umso mehr, dass Bildung, und ganz besonders berufliche Bildung, nicht zum Spielball politischer Machtspiele werden darf.

Alle, denen eine gute (Aus-) Bildung in Hessen am Herzen liegt, sind eingeladen zum 2. Bildungsfest für Lehrkräftebildung, das am 18. April 2026 um 11 Uhr vom Willy-Brand-Platz aus zum Opernplatz stattfindet. Ziel ist es, sich auszutauschen und die Folgen des Sparkurses aufmerksam zu machen.

Die Personalräte der Hessischen Studienseminare für berufliche Schulen



Die jüngste Debatte um die Eingruppierung von Lehrkräften entzündet sich an einer einfachen, aber folgenschweren Ungleichheit: Einfachlehrkräfte werden nach A13 bezahlt, Fachlehrer dagegen häufig nur nach A10 und erst nach einer zwei Jahre späteren Beförderung auf A11, obwohl sie vergleichbare Aufgaben übernehmen. Für viele Fachlehrer ist das mehr als eine Lohnfrage – es ist ein Vertrauensbruch gegenüber dem Berufsstand und eine Belastung für das gesamte Schulsystem.

Einfachlehrkräfte gegen Fachlehrer – Ein System am Scheideweg

VON CHRISTIAN GRUSS

Ungleichheit bei gleicher Arbeit

Lehrkräfte berichten, dass Einfachlehrkräfte bei gleicher Unterrichtsleistung und vergleichbaren Aufgaben weniger Stunden leisten müssen als Fachlehrkräfte, gleichzeitig aber in eine höhere Besoldungsgruppe fallen. Diese Diskrepanz sorgt für Unmut und das Gefühl, dass Leistung und Qualifikation nicht angemessen gewürdigt werden. Besonders betroffen sind Fachlehrer mit technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Abschlüssen, deren Qualifikationen formal anerkannt, aber finanziell schlechter gestellt werden.

Kritik am HKM

Das Hessische Kultusministerium (HKM) steht im Zentrum der Kritik. Viele Lehrkräfte sehen in der aktuellen Regelung kein Bemühen um Gerechtigkeit, sondern eine rein pragmatische Maßnahme zur kurzfristigen Linderung des Lehrkräftemangels. Kritiker sprechen von einem Betrug am Fachlehrer, weil die Eingruppierung nicht die tatsächliche Qualifikation und Verantwortung widerspiegeln.

Ausbildung und Fachkräftemangel

Die Debatte trifft einen empfindlichen Nerv: Facharbeiter und technisch ausgebildete Kräfte fehlen in äußerst vielen Branchen, und gerade ihre Ausbildung wird zunehmend vernachlässigt. Wenn dann auch noch in der schulischen Ausbildung gespart wird, droht langfristig ein Mangel an qualifizierten Fachkräften – mit gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Lehrkräfte warnen, dass durch die aktuelle Politik eine ganze Generation an Fachkräften »totgespart« werde.

Stimmung im Kollegium

Fachlehrer fühlen sich demotiviert und gedemütigt. Viele berichten von Frustration, weil langjährige Ausbildung und berufliche Erfahrung nicht in der Eingruppierung abgebildet werden. Das Vertrauen in die Verantwortlichen schwindet rasant, und die Attraktivität des Lehrerberufs leidet weiter – genau das Gegenteil dessen, was nötig wäre, um dem Lehrkräftemangel nachhaltig zu begegnen.

Folgen für das Schulsystem

Die Kombination aus fragwürdiger Besoldung, mangelnder Anerkennung und Einsparungen in der Ausbildung droht das Schulsystem zu destabilisieren: Lehrkräfte sprechen bereits von einem System »im freien Fall«, denn wandern qualifizierte Fachlehrer ab oder scheiden sie aus dem Beruf aus, verschärft sich der Lehrkräftemangel und die Qualität der Ausbildung leidet spürbar. Langfristig steht damit nicht nur die Unterrichtsversorgung auf dem Spiel, sondern die Zukunft ganzer Berufsfelder. Zusätzliche Brisanz gewinnt die Debatte durch die geplante Reform zur »zukunftsfähigen Berufsschule« – das angekündigte Ampelsystem und die Abschaffung schulischer Ausbildungsstandorte könnten weitreichende Folgen für die berufliche Bildung haben; Kritiker werfen den politischen Mandatsträgern vor, diese Einschnitte zu beschönigen, statt die Risiken für Ausbildungsgechtigkeit und den Fachkräftenachwuchs offen zu benennen.

Fazit

Die aktuelle Regelung zur Eingruppierung von Einfachlehrkräften und Fachlehrern ist mehr als ein bürokratisches Detail: Sie ist ein Prüfstein für Gerechtigkeit, Bildungspolitik und die Zukunftsfähigkeit des Schulsystems. Wenn der Lehrerberuf wieder attraktiv werden soll, braucht es transparente, faire Eingruppungen und Investitionen in die Ausbildung – sonst droht die Bestätigung, dass das System tatsächlich in eine gefährliche Schieflage geraten ist.





Foto: Ellen Wärlen

Gruppenfoto der teilnehmenden Kollegen/-innen.

**NETZWERK-AG
FACHPRAXIS
HESSEN
BERUFLICHEN
SCHULEN IN
HESSEN**

Wie immer gut besucht war auch das Landestreffen der Netzwerk-AG »Fachpraxis Hessen« am 4. November in Wetzlar. Gastgeber war die Käthe-Kollwitz-Schule mit der Schulleiterin, Oberstudiendirektorin Monika Lehr, und der Koordinatorin für Fachpraxis, Anne-Barbara Post, die mit dem Küchenteam auch für das Catering während der Veranstaltung verantwortlich zeichnete. Die Schulleiterin und Sigi Groß vom Leitungsteam der AG konnten fast 60 Teilnehmende aus über 40 Schulen zum Landestreffen begrüßen.

Landestreffen der AG »Fachpraxis Hessen«

BÜA

Referentin am Vormittag war Nicole Knepper von der BÜA-Steuerungsgruppe des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen. Sie berichtete über den aktuellen Sachstand zur Einführung von BÜA als Regelschulform, die um ein weiteres Mal auf den Schuljahresbeginn 2027/28 verschoben wird. In

der Diskussion musste sich Frau Knepper auch einige unangenehme Fragen und Bemerkungen aus dem Kreis der Kollegen/-innen anhören. Vieles davon sei auch noch nicht final entschieden; deshalb auch die Verschiebung des BÜA-Starts um ein weiteres Schuljahr.

Sachstandsbericht des Leitungsteams, Verabschiedung von Leitungsteam- mitglieder, Neuwahl des Leitungsteams

Sigi Groß wies in seinem Sachstandsbericht auf die Veranstaltungen im Schuljahr 2024/25 hin. So fand das letzte Landestreffen am 19. November 2024 mit 60 Teilnehmenden in der Tagungsstätte Reinhardswaldschule in Fuldatal statt, deren Schließung im Jahr 2027 vorgesehen ist. Dies zeige – wie auch die Neuregelung zur Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen (nur noch außerhalb der Unterrichtszeit, gern auch Wochenenden oder in den Ferien) – den Stellenwert, die das HMKB den Fortbildungen beimisst.

Ein weiterer Austausch mit den bildungspolitischen Sprechern/-innen der Landtagsfraktionen fand am 26. März 2025 im Landtag statt. Dabei konnte das Leitungsteam alle Forderungen des Netzwerks platzieren. Die AG »Fachpraxis Hessen« werde in Wiesbaden als kompetenter Gesprächspartner wahrgenommen, jedoch



konnten die Landtagsabgeordneten dem Leitungsteam mit Verweis auf die Haushaltslage keine großen Hoffnungen auf die Umsetzung der Forderungen, insbesondere der nach Schaffung weiterer A-12-Stellen – auch im Zusammenhang mit BÜA – machen.

Im Berichtszeitraum hat es mehrere Sitzungen des Leitungsteams gegeben, die inzwischen fast 500 im Verteiler des Netzwerks erfassten Kollegen/-innen wurden mit mehreren Rundmails über die Aktivitäten der AG informiert.

Sigi Groß, der bereits vor drei Jahren – bei der letzten Wahl des Leitungsteam – sein Ausscheiden bei diesem Landestreffen angekündigt hatte, gab einen kurzen Rückblick auf 13 Jahre »Netzwerk-AG«. Erste Überlegungen zur Bildung einer AG für Koordinatoren/-innen für Fachpraxis gingen auf das Schuljahr 2010/2011 zurück. Ein erstes Treffen – zunächst noch beschränkt auf den Bereich Mittelhessen und Schulen mit »kaufmännischer« Abteilung – fand am 26. Januar 2012 auf Einladung von Silvia Moos (damals Theodor-Heuss-Schule Wetzlar) und ihm statt. Nach weiteren Regionaltreffen weitete sich die AG 2014 hessenweit aus. Weitere Öffnungen erfolgten durch die Integration der Netzwerk-Koordinatoren/-innen »BÜA« und zuletzt auf alle Fachpraxislehrkräfte.

Neben Sigi Groß wurden Stefan Döring, Claudia Hohmann und Sandra Thiesen-Meinhold als zum Teil langjährige (Gründungs-)Mitglieder mit Präsenten aus dem Leitungsteam verabschiedet.

Bei der Neuwahl des Leitungsteams für die Dauer von drei Jahren wurden die bisherigen sieben Leitungsteam-Mitglieder bestätigt:

Christian Dollinger (Brühlwiesenschule Hofheim)
Eva Häfner (Anni-Albers-Schule Frankfurt)
Caroline Hagel (Elisabeth-Knippling-Schule Kassel)
Heike Hilbig (Friedrich-List-Schule Kassel)
Silvia Nickel (Martin-Luther-King-Schule Kassel)
Anne-Barbara Post (Käthe-Kollwitz-Schule Wetzlar)
Ellen Weiten (Peter-Paul-Cahensly-Schule Limburg)

Neu ins Leitungsteam wurden gewählt:

Nadia Grab (Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach)
Dirk Jung (Theodor-Litt-Schule Gießen)
Wendt Lotichius (Elisabeth-Knippling-Schule Kassel)
Karolin Pappert (Konrad-Zuse-Schule Hünfeld)
Robert Peter (Adolf-Reichwein-Schule Marburg)

Gefährdungsbeurteilung

Referent am Nachmittag war Florian Walther von der Unfallkasse Hessen, der anhand zahlreicher Beispiele und Tipps auf die verschiedenen Facetten der Verzahnung verschiedener gesetzlicher Vorschriften mit der »RiSu« hinwies. Auch bei diesem Referat gab es zahlreiche Fragen aus dem Kreis der Kollegen/-innen.

Weitere Infos:
www.fachpraxishessen.de



Foto: Ellen Weiten

Claudia Hohmann (Berufliche Schulen Bad Hersfeld), Sigi Groß (Kaufmännische Schulen Marburg) und Sandra Thiesen-Meinhold (Adolf-Reichwein-Schule Limburg, v. l. n. r.) wurden aus dem Leitungsteam verabschiedet. Auf dem Foto fehlt Stefan Döring (Anni-Albers-Schule Frankfurt).

Der Deutsche Lehrerverband Hessen (dlh) kritisiert die von der hessischen Landesregierung geplanten Kürzungen beim Sozialindex für Schulen in sozial besonders herausfordernden

Kürzungen beim Sozialindex sind ein fatales Signal für Brennpunktschulen

VON BORIS KRÜGER

Lagen scharf. Der Landesvorsitzende des dlh, Boris Krüger, warnt vor gravierenden Folgen für betroffene Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrkräfte vor Ort.

Der Sozialindex ist ein zentrales Instrument, um Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder gezielt zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Grundlage sind unter anderem Faktoren wie der Anteil von Schülerinnen und Schü-

lern mit nichtdeutscher Familiensprache, der Bezug von Transferleistungen im Umfeld der Schule sowie weitere sozialstatistische Indikatoren. In Hessen profitieren derzeit mehrere hundert Schulen von zusätzlichen Lehrerstellen und Förderstunden.

»Gerade dort, wo Kinder und Jugendliche die größte Unterstützung benötigen, will die Landesregierung Mittel streichen. Das ist bildungspolitisch völlig unverständlich und sozialpolitisch ein fatales Signal«, erklärte Krüger.

Nach Einschätzung des dlh haben rund ein Drittel der hessischen Schülerinnen und Schüler einen deutlich erhöhten Unterstützungsbedarf. An vielen Schulen liegt der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache bei über 60 oder sogar 70 Prozent. Entsprechend groß ist der Bedarf an Sprachförderung, individueller Unterstützung und sozialpädagogischer Begleitung.

»Lehrkräfte an Brennpunktschulen leisten täglich Herausragendes. Ohne zusätzliche Ressourcen wie kleinere Lerngruppen, mehr Förderstunden und multiprofessionelle Teams wird es jedoch immer schwieriger, allen Kindern gerecht zu werden«, betonte Krüger.

Der dlh fordert die Landesregierung daher auf, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen und den Sozialindex stattdessen weiter auszubauen.

»Wer beim Sozialindex spart, verschärft bestehende Bildungsungleichheiten. Wenn es um Chancengerechtigkeit geht, darf gerade an diesen Schulen nicht gespart werden«, so Krüger abschließend.





Mitglieder des Kreisverbandes Hersfeld-Rotenburg

besuchen das Erlebnisbergwerk Merkers

Anfang Februar unternahmen die Mitglieder des glb-Kreisverbandes Hersfeld-Rotenburg einen Ausflug zum Erlebnisbergwerk Merkers. Die (ehemaligen) Kolleginnen und Kollegen der Beruflichen Schulen Bad Hersfeld und Bebra erlebten eine sehr interessante und informative Führung im Erlebnisbergwerk.

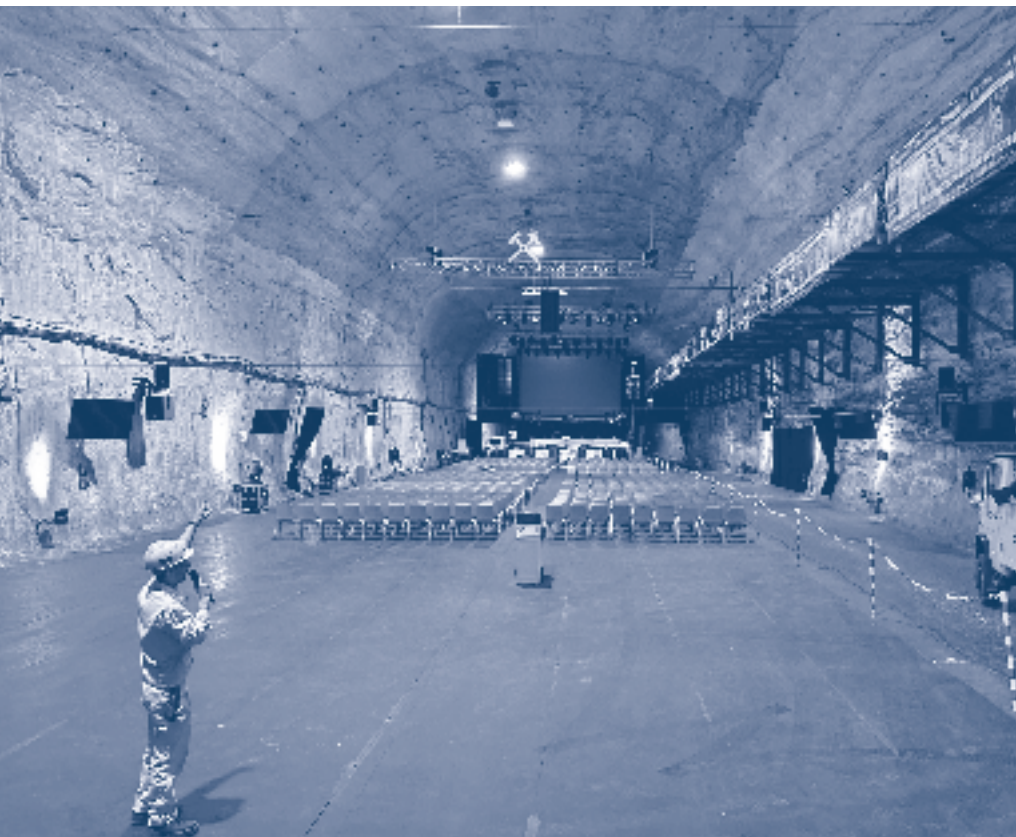
Der Kalibergbau im Werra-Revier gilt als zentraler Wirtschaftsfaktor für Osthes-

sen und Westthüringen. Der Standort Merkers ist Teil des Verbundwerkes Werra mit dem Zusammenschluss der Werke Hattorf, Wintershall, Unterbreizbach und Merkers. Insgesamt werden dort jährlich 19 – 20 Millionen Tonnen Rohsalz gefördert, woraus z. B. Kalidünger oder Rohstoffe für die Pharma-, Lebensmittel- und Futtermittelindustrie hergestellt werden. Das Werk beschäftigt rund 4.400 Mitarbeitende und ist einer der

wichtigsten Arbeitgeber zwischen Bad Hersfeld, Eisenach und Bad Salzungen. Die Kaliproduktion am Standort Merkers wurde 1993 eingestellt, 1991 eröffnete das Besucherbergwerk.

Zuerst wurden wir mit dem Förderkorb 500 Meter unter Tage gebracht. Diese Fahrt dauert nur etwa 90 Sekunden. Unter Tage herrschen Temperaturen von etwa 20 – 28 Grad. Nach der Einfahrt steigen die Besucher auf spezielle





Besucherfahrzeuge und fahren damit in teilweise rasanter Fahrt kilometerweit 800 m unter Tage die verschiedenen Stationen der Besichtigung an. An jeder Station erläutern die Mitarbeitenden der K+S interessante und informative Einzelheiten. Höhepunkte der Besichtigungstour waren das Bergbaumuseum, welches die Bergbaugeschichte von über 100 Jahren mit historischen Maschinen und Fahrzeugen zeigt, die Kristallgrotte mit riesigen Salzkristallen,

eine Lasershow im größten unterirdischen Konzertsaal der Welt, der Besuch des Goldraumes in dem 1945 der legendäre Goldschatz der Deutschen Reichsbank zur Sicherung gelagert und kurze Zeit später von der US-Armee entdeckt wurde sowie eine Sprengsimulation unter Tage.

Am Ende des spannenden Nachmittags ging es mit dem Förderkorb wieder nach oben und wir wurden mit einem herzlichen Glückauf verabschiedet.



Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat Schule (HPRS) VI-2025

KÜRZUNGEN IM BEREICH DER LEHRKRÄFTEAKADEMIE/STUDIENSEMINARE:

ÄNDERUNG DES AUSBILDUNGSFAKTORS AB DEM 1.2.2026

NEUE RICHTLINIEN FÜR DAS LEBENSARBEITZEITKONTO FÜR LEHR- UND UBUS-KRÄFTE

KI-CHATBOT TELLI SEIT DEM 01.10.2025 VERFÜGBAR

DIGITALISIERUNG

ILA/DISAF

MINISTERGESPRÄCH AM 4.12.2025 IM HPRS

Kürzungen im Bereich der Lehrkräfteakademie/ Studienseminare: Änderung des Ausbildungsfaktors ab dem 1.2.2026

Mit der Kürzung des Ausbildungsfaktors zum 1.2.2026 von 4,9 auf 4,3 musste nach dem Ende der Erörterung im HPRS leider bereits ab Weihnachten ganz konkret gerechnet werden. In den vergangenen Wochen waren Verbände und Personalräte aus den verschiedenen Bereichen sehr aktiv gewesen, und haben die Argumente zusammengetragen und vorgebracht, warum eine Kürzung nicht nur falsch ist, sondern im Gegenteil sogar eine Anhebung über die 4,9 hinaus zielführend wäre. Im Rahmen eines Familienfests am 29.11.2025 in Wiesbaden wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Proteste gegen Kürzungen im Bereich der Ausbildung nicht verstummen werden, zumal in nächster Zeit mit der Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von 21 auf 18 Monate zu rechnen ist. Auch hier bleibt festzuhalten, dass alleine der Hinweis darauf, dass andere Bundesländer in der Regel mittlerweile bei dieser Ausbildungsdauer angekommen sind, kein Argument sein kann. Die Qualität der Ausbildung ist die entscheidende Größe, die im Mittelpunkt stehen muss. Wann diese Maßnahme umgesetzt wird, ist noch offen. Zu hoffen ist, dass die schon zum Teil seit mehreren Jahren ausstehenden (Zwischen-) Beförderungen an den Studienseminaren nach A14 und A15 endlich vorgenommen werden.

Neue Richtlinien für das Lebensarbeitszeitkonto für Lehr- und UBUS-Kräfte

Bereits im Herbst 2025 bestand im Rahmen eines externen Beteiligungsverfahrens die Möglichkeit, eine Stellungnahme zur geplanten Neufassung abzugeben. Zwei Aspekte galt es von dlh-Seite aus anzuregen: Zum einen den Umgang mit LAKGuthaben von Lehrerinnen und Lehrern sowie UBUS-Kräften, welche z.B. im Frühjahr oder Sommer eines Jahres erfahren, dass ihr Wunsch eines Wechsels im Rahmen des Ländertauschverfahrens genehmigt wurde. Selbst mit guter Planung war bislang ein solches Szenario nicht dergestalt abzubilden, dass das Guthaben restlos aufgebraucht werden konnte. Und somit mit dem Wechsel verfiel, weil es nicht ausgezahlt werden durfte. Ein weiteres Problem stellte sich bei Guthaben, welches mit Blick auf den Ruhestand als Rest nicht mehr genutzt werden konnte.

Statt auf ausschließlicher Nutzung über ein Schulhalbjahr zu beharren, sollte die Verwendung von (Rest-)Guthaben auch kurzfristig möglich sein, z.B. durch Freistellung einige Tage oder Wochen vor dem Ruhestand. Bislang scheint es diese pragmatische Lösung auch in einigen Schulamtsbezirken gegeben zu haben. Die Ausfertigung der neuen Richtlinien ist dann für Anfang 2026 zu erwarten.

KI-Chatbot Telli seit dem 1.10.2025 verfügbar

Die Entwicklung von »Telli« liegt wohl hauptsächlich darin begründet, dass die bekannten und weitverbreiteten Konkurrenten am Markt wie ChatGPT oder Gemini datenschutzrechtlich bedenklich sind. Die Anbieter wie OpenAI oder Alphabet speichern die Nutzereingaben, und werten diese aus. Persönlichkeitsrechte und Daten von Schülerinnen und Schülern wie auch von Lehrkräften sind somit nicht geschützt. Telli als Eigenentwicklung der Länder, in Auftrag gegeben beim FWU, sorgt dafür, dass die Daten nicht für das Training von ChatGPT bsp. genutzt werden.

Die Vorteile von Telli liegen auf der Hand: Man kann beispielsweise fiktive Gesprächspartner anlegen, und somit Unterrichtsgeschehen simulieren. Auch ist sicher und rechtskonform, Unterlagen aus dem Unterricht hochzuladen, und diese der KI zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite ist weiterhin davon auszugehen, dass zumindest Schülerinnen und Schüler private Angebote, z.B. für die Erstellung von Hausaufgaben, nutzen werden. Auch kann Tello (noch) nicht im Internet nach Quellen suchen. Grundsätzlich bleibt das Problem des Halluzinierens der KI, und dass unbekannt ist, wie die KI trainiert wird. Ob die Verpflichtung zur Belegung einer Einführung in das Programm sinnvoll ist, kann man diskutieren. →

Digitalisierung

Seit Jahren ist der Zugang zu PPB für die Gesamtpersonalräte ein Thema, wozu vor Ort bislang kein einheitliches Bild existiert. Mehrere GPRS wünschen den Zugang, um auch Einblick in die Versorgungslisten nehmen zu können, um über die Fachbedarfe informiert zu sein. Da eine Ausdruckfunktion nicht mehr existiert, sind diese Informationen ausschließlich digital verfügbar. Als Vorteil kann wiederum gesehen werden, dass die Informationen zeitlich immer auf dem neuesten Stand sind, sofern diese eingepflegt wurden. Beim Reisekostenportal gibt es anscheinend zumindest vereinzelt Probleme beim Anlegen von Reisekosten, da bei einigen Nutzerinnen und Nutzern die Kopierfunktion nicht angezeigt wird, was die Bearbeitung deutlich erschwert.

iLA/diSAF

diSAF steht als Abkürzung für »Diagnostik und Sonderpädagogische Abklärung im Förderschwerpunkt«. Das Verfahren dient dazu, den individuellen Förderbedarf eines Kindes durch ein Gutachten zu ermitteln. diSAF wurde vor ca. 2 Jahren gestartet. iLA knüpft an diSAF an (Referat IV.1.3. Digitalisierung und LUSD), ist aber noch kein fertiges Produkt. Die Staatlichen Schulämter fragten im Vorfeld zum Beginn Pilotphase am 1.2.2026 Schulen hinsichtlich der Bereitschaft ab, bei dem Projekt mitzuwirken. Ziel war es, 50

Schulen dafür zu gewinnen. In der ersten Stufe ist die Anwendung auf Grundschulen beschränkt, und beschränkt sich auf die Förderbedarfe Rechnen, Schreiben und Lesen. In weiteren Schritten könnte iLA dann auf alle Schulformen ausgerollt werden, mit dem Ziel, die Förderplanarbeit mittels Digitalisierung zu entlasten. Laut Auskunft des Ministeriums gibt es bislang (nur) positive Rückmeldung.

Ministergespräch am 4.12.2025 im HPRS

Wie jedes Jahr gab es im Dezember 2025 im HPRS ein Ministergespräch. Im Vorfeld hatten sich die Fraktionen gut vorbereitet, und jeweils für sich mögliche Fragen formuliert, die dann mit dem Gremium abgesprochen vorgebracht wurden. Der dlh hatte sich dementsprechend ebenfalls im Vorfeld mit der Vorbereitung befasst, und in einer Eingabe Anregungen hierzu gegeben. U.a. waren Themenwünsche die Digitalisierung (u.a. Weiterführung des Digitalpakts), Arbeitsbedingungen (u.a. Hitzeaktionsplan), Schulorganisation (Reduzierung der konzeptionellen Arbeit wie die Erstellung von Medienkonzepten), Ausbildung (Beibehaltung des Vorbereitungsdienstes in der bisherigen Form), und Unterricht (Entlastung der Kolleginnen und Kollegen im Zeitfenster der Abiturprüfungen).

Erstellung der PR-Nachrichten durch die dlh-Fraktion im
Hauptpersonalrat Schule / Stand: 23.01.2026



In eigener Sache

Versand der Impulse als PDF

Auf vielfache Nachfrage ist es nun möglich, die Impulse zukünftig als PDF zu erhalten.
Bitte mailen Sie uns dazu folgende Angaben an die Geschäftsstelle unter: glb-hessen@t-online.de

Name Wohnort
Vorname Postleitzahl
Straße

Sollten Ihre Adressdaten unvollständig oder nicht korrekt sein, bitten wir um Korrektur oder Ergänzung

☐ Ich möchte zukünftig die Impulse als PDF via E-Mail erhalten.

Bitte senden Sie mir diese an folgende E-Mail-Adresse:

In eigener Sache

Vervollständigung der Mitgliederdatensätze

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

um Ihnen zeitnah und kostengünstig für Sie relevante Informationen über

- Veranstaltungen des glb (Seminare, Berufsschultag, Personalratsschulungen ...),
 - Gesetzesänderungen (Beihilferecht, Besoldung, Tarifverhandlungen, Versorgungsrecht, Personalvertretungsgesetz ...)
- zukommen lassen zu können, benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse.

Ich bitte Sie, der glb-Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen.

Bitte senden Sie eine Mail mit Ihrem Vor- und Zunamen und Ihrem Wohnort an: glb.hessen@t-online.de

Ihre E-Mail-Adresse wird nur für glb-interne Zwecke verwendet. Sie wird nicht an Dritte weitergegeben.

Wir bedanken uns für Ihre Kooperationsbereitschaft und Ihre Mithilfe, die Kosten für den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Der Landesvorstand

In eigener Sache

Änderungsmitteilungen

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

bitte denken Sie daran, die glb-Geschäftsstelle zu informieren,

- wenn sich Ihre Besoldungsgruppe geändert hat.

In der Freude über eine Beförderung, über die Beendung des Vorbereitungsdienstes oder über eine Pensionierung wird dies leider oft vergessen.

Wir benötigen die Besoldungsgruppe und die Information, ob Sie in Vollzeit oder in Teilzeit beschäftigt sind.

Bitte teilen Sie uns auch mit, wenn

- Sie die Dienststelle/Schule wechseln,
- Teilen Sie uns bitte rechtzeitig mit, wenn sich Ihre Kontoverbindung ändert (die Mitteilungen der Änderung der Kontoverbindung muss 4 Wochen vor Beitrageinzug bei uns eintreffen, damit sie berücksichtigt werden kann).

Änderungsmitteilungen senden Sie bitte an: glb.hessen@t-online.de

Herzlichen Dank!

Der Landesvorstand

